

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 17. Dezember 2015**

Alte Frage:

<p>Nr. 326</p>	<p>Kristof Zerbe Linke&Piraten</p> <p>Dez.II z.w.V.</p> <p>Mündlich am 17.12.2015</p>	<p>In einer Veranstaltung zum Gemeinschaftsprojekt „Tiefe Geothermie“ der Landeshauptstadt Wiesbaden, der ESWE Versorgungs AG und der Rhein Main Deponie GmbH am 15. Jan. 2015 wurde unter dem Punkt Risiken und Maßnahmen die Nähe zu den Wiesbadener Heilquellen und als Maßnahme die Erarbeitung eines Heilquellenschutzkonzepts in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) genannt. In der Sitzung des Umweltausschusses am 3. Nov. wurde mitgeteilt, das Konzept sei erstellt und befinde sich in der behördlichen Abstimmung.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wann und wo wird das Heilquellenschutzkonzept veröffentlicht? - Wie ist der Bereich regional umgrenzt, den das Heilquellenschutzkonzept umfasst? - Wie wird sich die Umsetzung des Heilquellenschutzkonzepts auf die Planungen des Projekts „Tiefe Geothermie“ hinsichtlich der geplanten Kosten auswirken? - Wie hoch sind die Mittel, die in den Haushaltsplan für das Projekt „Tiefe Geothermie“ aufgenommen wurden?
-----------------------	---	---

Neue Fragen:

<p>Nr. 327</p>	<p>Dr. Sven-Uwe-Schmitz CDU</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>In Beantwortung meiner Frage 295/2014 teilte der Magistrat mit, dass in 2015 u.a. eine vertiefte Analyse der Parteihochburgen im Stadtgebiet bzw. methodische Projekte zur Wählerwanderung geplant sind.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wurden diese beiden, seinerzeit geplanten Projekte realisiert? Wenn ja, wann lagen die Ergebnisse vor und wann ist geplant, diese zu veröffentlichen?</p>
-----------------------	---	--

<p>Nr. 328</p>	<p>Dorothea Angor Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Flüchtlingspolitik und Einwanderung bestimmen die öffentliche Debatte und werden dies auch weiterhin tun. Die Stadt Wiesbaden trägt die Verantwortung dafür, dass Geflüchtete in Wiesbaden gut und sicher leben und eine Perspektive für ihr weiteres Leben entwickeln können.</p> <p>Kunst und Kultur bieten uns Anlass zur privaten wie gesellschaftlichen Reflexion, führen zu Austausch und wirken so gemeinschaftsstiftend. In diesem Sinne stellen Sie einen Schlüssel zu ihrem Zugang dar.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gibt es Programme zur Förderung der kulturellen Integration von Geflüchteten, die außerhalb freiwilligen ehrenamtlichen Engagements verortet sind? 2. Wurden Gespräche mit kulturellen Institutionen geführt, um Ideen zu entwickeln, sie für Geflüchtete zu öffnen? 3. Ist mit den Stadtbibliotheken und Museen - als Schnittpunkt von Bildung und Kultur - angedacht, Programme für die Integration von Geflüchteten zu entwickeln?
<p>Nr. 329</p>	<p>André Weck CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p> <p>Mündlich am 17.12.2015</p>	<p>Auf Bundesebene wurde beschlossen, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive im Rahmen des Bundesfreiwilligendienst eingesetzt werden können. Auftraggeber dieser Stellen können auch städtische Einrichtungen sein. Insgesamt wurden Finanzmittel für 10.000 Stellen zur Verfügung gestellt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Mit welchen städtischen Einrichtungen hat die Landeshauptstadt Wiesbaden sich bisher um Stellen für Flüchtlinge im Rahmen des Bundesfreiwilligendienst beworben und wie viele Stellen wurden von der zuständigen Bundesbehörde bisher genehmigt?</p>
<p>Nr. 330</p>	<p>Dr. Hans-Achim Michna CDU</p> <p>Dez. II z.w.V.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Im Wiesbadener Kurier vom 28.11.2015 behauptet der Vorsitzende des Vereins „Haus und Grund Wiesbaden“, dass fehlende Kontrollen bei Wohnkosten für Hartz IV-Empfänger zu Missbrauch führen würden.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Gibt es von Seiten der Stadt Kontrollen bei den Wohnkosten für Hartz IV-Empfänger, die möglichen Missbrauch aufdecken könnten?</p>

<p>Nr. 331</p>	<p>Michaela Apel SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Am internationalen Sommerfest auf dem Schlossplatz 2014 wurde der Türkische Jugend- und Kulturbund aus Biebrich (TJKB) mit einem Stand beteiligt, obwohl dieser über seinen Dachverband eine enge Anbindung an die rechtsextremen Grauen Wölfen hat und durch Magistratsbeschluss vom 05.01.2011 ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Über diese Entscheidung des Magistrates hatte sich der Ausländerbeirat bereits 2013 hinweggesetzt. Kritik hieran durch Presse und Stadtverordnete wies der Ausländerbeirates in einer Presseerklärung als unzulässigen Eingriff in Autonomie und Kompetenzen des Gremiums zurück. Der Ältestenausschuss hat sich daher in einem Fragenkatalog mit diesen Kompetenzen beschäftigt. Obwohl der vom Rechtsamt behandelte Fragenkatalog schon lange vorliegt, ist dieser aber noch nicht vom Magistrat verabschiedet worden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>Wann wird sich der Magistrat mit der Antwort des Rechtsamtes zu den Fragen über die Kompetenzen des Ausländerbeirates befassen?</p>
----------------	---	--